

Antrag

**der Abgeordneten Mareike Engels, Filiz Demirel, Michael Gwosdz,
Britta Herrmann, Linus Jünemann, Christa Möller-Metzger, Zohra Mojadeddi,
Andrea Nunne, Dr. Gudrun Schittek, Yusuf Uzundag, Peter Zamory (GRÜNE)
und Fraktion**

und

**der Abgeordneten Ksenija Bekeris, Kazim Abaci, Danial Ilkhanipour,
Regina-Elisabeth Jäck, Annkathrin Kammeyer, Jan Koltze, Iftikhar Malik,
Kirsten Martens, Ali Simsek (SPD) und Fraktion**

**Betr.: Zivilgesellschaftliche Initiativen für einkommensschwache Haushalte
brauchen Hilfe bei der Finanzierung von Corona-Schutzkonzepten**

Die Corona-Pandemie hat schwerwiegende ökonomische Folgen für die gesamte Volkswirtschaft. Sehr viele Menschen haben während der Corona-Krise ihr Einkommen ganz oder teilweise verloren und sind auf existenzsichernde staatliche Leistungen und oft auch auf ergänzende zivilgesellschaftliche Hilfe angewiesen. Zum Beispiel ist bei den Hamburger Tafeln die Nachfrage nach Lebensmitteln in den letzten Monaten deutlich gestiegen. Nach Aussagen der Tafeln um 15 bis 30 Prozent je nach Stadtteil. Auch andere zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Organisationen leisten jeden Tag wichtige Hilfen für durch die Corona-Pandemie in Not geratene Menschen. Andere haben sich aufgrund der Pandemie oder zum Schutz der eigenen Mitarbeitenden und freiwillig Engagierten zurückgezogen.

Gleichzeitig sind die Organisationen, die weiterarbeiten, zum Teil mit Mehrkosten durch coronabedingte Schutzausrüstungen und notwendige Testungen belastet. Diese Mehrkosten gefährden die Weiterführung ihrer Arbeit und können nicht durch die bisherigen Einnahmen aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Ähnliches gedeckt werden.

Um die wertvolle Arbeit dieser Organisationen auch unter Pandemiebedingungen in den nächsten Monaten weiter aufrechtzuerhalten, soll die Stadt Hamburg als Soforthilfe in Zusammenarbeit mit der freien Wohlfahrtspflege eine unbürokratische Fördermöglichkeit für Organisationen und Vereine schaffen, die zum Beispiel in der Obdachlosen- und Wohnungslosenhilfe beziehungsweise in der unmittelbaren Hilfe für Bedürftige tätig sind. Übernommen werden sollen coronabedingte Mehrkosten, die für die Aufrechterhaltung der Arbeit in Essensausgabestellen, Kleiderkammern et cetera dringend notwendig sind.

Insbesondere für die vielen Ehrenamtlichen sind verlässliche Schutzkonzepte, die auch regelmäßige Testungen enthalten, eine wichtige Voraussetzung, um die Arbeit aufrechterhalten zu können.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. zeitnah für coronabedingte Mehrbedarfe von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in der Obdachlosen- und Wohnungslosenhilfe beziehungsweise in der unmittelbaren Hilfe für Bedürftige tätig sind, 100.000 Euro zur Finanzierung von Schutzmaßnahmen, die der Aufrechterhaltung ihrer Arbeit in der Pandemie dienen, bereitzustellen.
2. in Zusammenarbeit mit der freien Wohlfahrtspflege für eine unbürokratische und schnelle Auszahlung zu sorgen.